



Verfassungsgerichtshof

**Entscheid Nr. 163/2022
vom 8. Dezember 2022
Geschäftsverzeichnissnr. 7871**

In Sachen: Klage auf einstweilige Aufhebung von Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 « zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: (1) Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Indien über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Brüssel am 16. September 2021, (2) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, (3) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Auslieferung, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, (4) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und der Islamischen Republik Iran über die Überstellung verurteilter Personen, abgeschlossen in Brüssel am 11. März 2022, und (5) Protokoll vom 22. November 2017 zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, unterzeichnet am 7. April 2022 in Straßburg », erhoben von Farzin Hashemi und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten P. Nihoul und L. Lavrysen, und den Richtern T. Giet, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters, E. Bribosia und W. Verrijdt, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschant, unter dem Vorsitz des Präsidenten P. Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klage und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 3. Oktober 2022 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 5. Oktober 2022 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf einstweilige Aufhebung von Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 « zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: (1) Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Indien über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Brüssel am 16. September 2021, (2) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, (3) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Auslieferung, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, (4) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und der

Islamischen Republik Iran über die Überstellung verurteilter Personen, abgeschlossen in Brüssel am 11. März 2022, und (5) Protokoll vom 22. November 2017 zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, unterzeichnet am 7. April 2022 in Straßburg » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 4. November 2022, zweite Ausgabe): Farzin Hashemi, Maryam Rajavi, Ahmed Ghozali, Sid Alaoddin Jalalifard, Giulio Terzi Di Sant'Agata, Robert G. Torricelli, Javad Dabiran, Tahar Boumedra, Linda Chavez, Ingrid Betancourt und die Vereinigung französischer Rechts « Le Conseil national de la Résistance iranienne », unterstützt und vertreten durch RA F. Tulkens und RA J. Renaux, in Brüssel zugelassen.

Mit derselben Klageschrift beantragen die klagenden Parteien ebenfalls die Nichtigerklärung derselben Gesetzesbestimmung.

Durch Anordnung vom 12. Oktober 2022 hat der Gerichtshof den Sitzungstermin für die Verhandlung über die Klage auf einstweilige Aufhebung auf den 26. Oktober 2022 anberaumt, nachdem die in Artikel 76 § 4 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof genannten Behörden aufgefordert wurden, ihre etwaigen schriftlichen Bemerkungen in der Form eines Schriftsatzes spätestens am 21. Oktober 2022 einzureichen und eine Abschrift derselben innerhalb derselben Frist den klagenden Parteien sowie der Kanzlei des Gerichtshofs per E-Mail an die Adresse « griffie@const-court.de » zu übermitteln.

Schriftliche Bemerkungen würden eingereicht von

- der Gesellschaft englischen Rechts « Justice for Iran », unterstützt und vertreten durch RA R. Vanreusel, in Gent zugelassen (intervenierende Partei),
- Olivier Vandecasteele, unterstützt und vertreten durch RÄin O. Venet, RÄin C. Georgiev und RÄin P. Minsier, in Brüssel zugelassen (intervenierende Partei),
- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA B. Renson, in Brüssel zugelassen.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 26. Oktober 2022

- erschienen
- . RA F. Tulkens und RA J. Renaux, für die klagenden Parteien,
- . RÄin A. Spreutels, in Brüssel zugelassen, *loco* RA R. Vanreusel, für die Gesellschaft englischen Rechts « Justice for Iran »
- . RÄin C. Georgiev und RÄin P. Minsier, für Olivier Vandecasteele,
- . RA B. Renson, für den Ministerrat,
- haben die referierenden Richter T. Giet und D. Pieters Bericht erstattet,
- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,
- wurde die Rechtssache zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des vorerwähnten Sondergesetzes vom 6. Januar 1989, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf die fragliche Gesetzesbestimmung und ihren gesetzgeberischen Kontext

B.1.1. Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1990 « über die zwischenstaatliche Überstellung von verurteilten Personen, die Übernahme und Übertragung der Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen und die Übernahme und Übertragung der Vollstreckung von Freiheitsstrafen oder freiheitsentziehenden Maßnahmen » (nachstehend: Gesetz vom 23. Mai 1990) bestimmt:

« Die Regierung kann in Ausführung von Abkommen und Verträgen, die mit ausländischen Staaten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschlossen worden sind, die Überstellung von in Belgien verurteilten und inhaftierten Personen an einen ausländischen Staat, dessen Staatsangehöriger die Person ist, bewilligen oder der Überstellung von im Ausland verurteilten und inhaftierten belgischen Staatsangehörigen an Belgien zustimmen, insofern:

1. das Urteil, durch das die Verurteilung ausgesprochen wird, rechtskräftig ist,
2. die Tat, die der Verurteilung zugrunde liegt, sowohl nach belgischem Recht als auch nach ausländischem Recht eine Straftat darstellt,
3. die inhaftierte Person der Überstellung zustimmt.

Im Sinne des vorliegenden Gesetzes bezeichnet der Begriff ‘ Verurteilung ’ jede Freiheitsstrafe oder jede freiheitsentziehende Maßnahme, die von einem Strafgericht in Ergänzung oder an Stelle einer Strafe auferlegt wird ».

B.1.2. Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1990 bestimmt:

« Erhält oder stellt der belgische Staat in Anwendung eines Abkommens oder eines internationalen Vertrags einen Antrag auf Überstellung einer in Belgien verurteilten und inhaftierten Person an den ausländischen Staat, dessen Staatsangehöriger diese Person ist, wird die Person vom Prokurator des Königs beim Gericht des Ortes, wo sie inhaftiert ist, angehört

und setzt der Prokurator des Königs die Person von diesem Ersuchen und den Folgen, die sich aus der Überstellung ergeben können, in Kenntnis.

Die Person wird von einem Beistand begleitet, entweder wenn sie dies beantragt oder wenn der Prokurator des Königs es aufgrund des Geisteszustands oder des Alters des Inhaftierten für erforderlich hält ».

B.1.3. Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Mai 1990 bestimmt:

« Die Zustimmung ist unwiderruflich während einer Frist von 90 Tagen ab dem Tag des Erscheinens.

Ist die Überstellung binnen dieser Frist nicht erfolgt, steht es dem Verurteilten frei, seine Zustimmung durch einen an den Direktor der Strafanstalt gerichteten Brief zu widerrufen, und zwar bis zu dem Tag, an dem ihm das Datum der Überstellung notifiziert wird ».

B.1.4. Artikel 27 des Gesetzes vom 23. Mai 1990, eingefügt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 26. Mai 2005, bestimmt:

« Freiheitsstrafen oder freiheitsentziehende Maßnahmen, deren Vollstreckung einem ausländischen Staat übertragen wird, können in Belgien nicht mehr vollstreckt werden, außer wenn der ausländische Staat mitteilt, dass die Vollstreckung verweigert wird oder unmöglich ist ».

B.2. Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 « zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: (1) Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Indien über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Brüssel am 16. September 2021, und (2) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, und (3) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Auslieferung, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, und (4) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und der Islamischen Republik Iran über die Überstellung verurteilter Personen, abgeschlossen in Brüssel am 11. März 2022, und (5) Protokoll vom 22. November 2017 zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, unterzeichnet am 7. April 2022 in Straßburg » (nachstehend: Gesetz vom 30. Juli 2022) bestimmt:

« Le Traité entre le Royaume de Belgique et la République islamique d’Iran sur le transfèrement de personnes condamnées, fait à Bruxelles le 11 mars 2022, sortira son plein et entier effet ».

B.3.1. Die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zur Zustimmung zu einem internationalen Vertrag ist nur dann sinnvoll, wenn dabei der Inhalt der relevanten Bestimmungen dieses Vertrags berücksichtigt wird.

B.3.2. Der Vertrag zwischen dem Königreich Belgien (nachstehend: Belgien) und der Islamischen Republik Iran (nachstehend: Iran) über die Überstellung verurteilter Personen, abgeschlossen in Brüssel am 11. März 2022 (nachstehend: Vertrag vom 11. März 2022) bestimmt:

« ARTICLE 1 – Définitions

Aux fins du présent Traité, l'expression :

1. ' condamnation ' désigne toute peine ou mesure privative de liberté prononcée par un tribunal pour une durée limitée ou indéterminée en raison d'une infraction pénale;
2. ' jugement ' désigne une décision de justice prononçant une condamnation;
3. ' État de condamnation ' désigne l'État où a été condamnée la personne qui peut être transférée ou l'a été;
4. ' État d'exécution ' désigne l'État vers lequel la personne condamnée peut être transférée ou l'a déjà été, afin d'y subir sa condamnation;
5. ' personne condamnée ' désigne une personne qui a été condamnée en vertu d'un jugement rendu par les tribunaux de l'une des Parties à une peine d'emprisonnement ou de privation de liberté pour avoir commis une infraction pénale;
6. Par ' donnée ', on entend toute information relative à une personne physique identifiée ou identifiable.

ARTICLE 2 - Autorités centrales

Aux fins de la mise en œuvre du présent Traité, les Parties désignent une Autorité centrale :

- a. Dans le cas de la République islamique d'Iran, l'Autorité centrale est le ministère de la Justice;
- b. Dans le cas de la Belgique, l'Autorité centrale est le Service Public Fédéral Justice.

ARTICLE 3 - Principes généraux

1. Les Parties s'engagent à s'accorder mutuellement, dans les conditions prévues par le présent Traité, la coopération la plus large possible en matière de transfèrement des personnes condamnées.

2. Une personne condamnée sur le territoire d'une Partie peut, conformément aux dispositions du présent Traité, être transférée sur le territoire de l'autre Partie pour y subir le reliquat de la condamnation qui lui a été infligée. À cette fin, elle peut exprimer soit auprès de l'État de condamnation, soit auprès de l'État d'exécution, le souhait d'être transférée en vertu du présent Traité.

3. Le transfèrement peut être demandé soit par l'État de condamnation, soit par l'État d'exécution.

ARTICLE 4 - Conditions du transfèrement

1. Un transfèrement ne peut avoir lieu aux termes du présent Traité qu'aux conditions suivantes :

- a. La personne condamnée doit être un ressortissant de l'État d'exécution;
- b. le jugement doit être définitif et exécutoire;
- c. la durée de condamnation que la personne condamnée a encore à subir doit être au moins d'un an à la date de réception de la demande de transfèrement, ou indéterminée;
- d. la personne condamnée ou, lorsqu'en raison de son âge ou de son état physique ou mental l'un des deux États l'estime nécessaire, son représentant légal doit consentir au transfèrement, sauf dans les cas mentionnés aux articles 8 et 12;
- e. les actes ou omissions qui ont donné lieu à la condamnation doivent constituer une infraction pénale au regard du droit de l'État d'exécution ou devraient en constituer une s'ils survenaient sur son territoire; et
- f. l'État de condamnation et l'État d'exécution doivent s'être mis d'accord sur ce transfèrement.

2. Dans des cas exceptionnels, les Parties peuvent convenir d'un transfèrement même si la durée de la condamnation que la personne condamnée a encore à subir est inférieure à celle prévue au paragraphe 1.c du présent article.

ARTICLE 5 - Obligation de fournir des informations

1. Toute personne condamnée à laquelle le présent Traité peut s'appliquer doit être informée par l'État de condamnation de la teneur du présent Traité.

2. Si la personne condamnée a exprimé auprès de l'État de condamnation son souhait d'être transférée en vertu du présent Traité, cet État doit en informer l'État d'exécution le plus rapidement possible après que le jugement soit devenu définitif.

3. Ces informations doivent comprendre :

a. le nom, le nom du père, la nationalité, la date et le lieu de naissance de la personne condamnée;

b. le cas échéant, son adresse dans l'État d'exécution;

c. un exposé des faits ayant entraîné la condamnation;

d. la nature, la durée et la date de début de la condamnation.

4. Si la personne condamnée a exprimé auprès de l'État d'exécution le souhait d'être transféré en vertu du présent Traité, l'État de condamnation communique à ce dernier, à sa demande, les informations visées au paragraphe 3 ci-dessus.

5. La personne condamnée doit être informée par écrit de toute démarche entreprise par l'État de condamnation ou d'exécution en application des paragraphes précédents, ainsi que de toute décision prise par l'un des deux États au sujet d'une demande de transfèrement.

ARTICLE 6 - Demandes et réponses

1. La demande de transfèrement et les réponses doivent être formulées par écrit.

2. L'État requis doit informer l'État requérant, dans les plus brefs délais, de sa décision d'accepter ou de refuser le transfèrement demandé.

3. Toutes les communications entre les Parties doivent être faites par écrit et envoyées par la voie diplomatique.

ARTICLE 7 - Pièces à l'appui

1. L'État d'exécution doit, sur demande de l'État de condamnation, fournir à ce dernier :

a. un document ou une déclaration indiquant que la personne condamnée est ressortissante de cet État ;

b. une copie des dispositions légales de l'État d'exécution desquelles il résulte que les actes ou omissions qui ont donné lieu à la condamnation dans l'État de condamnation constituent une infraction pénale au regard du droit de l'État d'exécution ou en constitueraient une s'ils survenaient sur son territoire;

2. Si un transfèrement est demandé, l'État de condamnation doit fournir les documents suivants à l'État d'exécution, à moins que l'un ou l'autre des États ait déjà indiqué qu'il ne donnerait pas son accord au transfèrement :

a. une copie certifiée conforme du jugement et des dispositions légales appliquées;

b. l'indication de la durée de la peine déjà subie, y compris des renseignements sur toute détention provisoire, remise de peine ou autre acte concernant l'exécution de la condamnation;

c. en dehors des cas mentionnés aux articles 8 et 12, une déclaration constatant le consentement au transfèrement visé à l'article 4,1.d.;

d. un rapport sur le comportement de la personne condamnée pendant sa détention éventuelle; et

e. chaque fois qu'il y aura lieu, tout rapport médical ou social sur la personne condamnée, toute information sur son traitement dans l'État de condamnation et toute recommandation pour la suite de son traitement dans l'État d'exécution.

3. L'État de condamnation et l'État d'exécution peuvent, l'un et l'autre, demander à recevoir l'un quelconque des documents ou déclarations visés aux paragraphes 1 ou 2 ci-dessus avant de faire une demande de transfèrement ou de prendre la décision d'accepter ou de refuser le transfèrement.

ARTICLE 8 - Consentement et vérification

1. L'État de condamnation veille à ce que la personne qui doit donner son consentement au transfèrement en vertu de l'article 4.1.d le fasse volontairement et en pleine connaissance des conséquences juridiques qui en découlent. La procédure à suivre à ce sujet sera régie par la loi de l'État de condamnation.

2. L'État de condamnation doit donner à l'État d'exécution la possibilité de vérifier, par l'intermédiaire d'un consul ou d'un autre fonctionnaire désigné en accord avec l'État d'exécution, que le consentement a été donné dans les conditions prévues au paragraphe précédent.

ARTICLE 9 - Protection des données

1. Les Parties veillent à ce que les données transférées d'une Partie à l'autre ne soient utilisées qu'aux fins de l'exécution d'une demande, conformément au présent Traité. Aucune donnée ne sera utilisée à d'autres fins, ni transférée à un pays tiers sans l'accord préalable de la Partie qui a transféré les données.

2. Les Parties garantissent l'exactitude des données personnelles transférées en vertu du présent Accord et veillent à ce que des mesures appropriées soient prises pour protéger les données transmises contre la destruction accidentelle ou non autorisée ou la perte accidentelle, ainsi que contre l'accès, la modification ou la diffusion non autorisés.

3. Les données transférées sont conservées pendant une durée n'excédant pas celle nécessaire aux finalités pour lesquelles elles sont traitées, conformément au présent Accord. Les Parties se consultent sur la nécessité de rectifier des données inexactes, incomplètes ou non fiables ou sur le désir ou la nécessité d'effacer des données ou de limiter leur utilisation.

4. Les Parties veillent à ce que les données qui révèlent l'origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, les convictions religieuses ou philosophiques, l'appartenance syndicale, les données génétiques, les données biométriques ou les données personnelles concernant la santé, la vie sexuelle ou l'orientation sexuelle d'une personne fassent l'objet de garanties appropriées.

5. La personne condamnée peut recevoir des informations sur les catégories de données transférées et la finalité du transfert de données.

6. La personne condamnée a le droit de déposer une plainte lorsqu'elle estime que ses droits concernant le traitement de ses données sur la base du présent Accord ont été violés.

ARTICLE 10 - Conséquences du transfèrement pour l'État de condamnation

1. La prise en charge de la personne condamnée par les autorités de l'État d'exécution a pour effet de suspendre l'exécution de la condamnation dans l'État de condamnation.

2. L'État de condamnation ne peut plus exécuter la condamnation lorsque l'État d'exécution considère [que] l'exécution de la condamnation comme étant terminée.

ARTICLE 11 - Conséquences du transfèrement pour l'État d'exécution

1. Les autorités compétentes de l'État d'exécution doivent poursuivre l'exécution de la condamnation soit immédiatement soit sur la base d'une décision judiciaire ou administrative, dans les conditions énoncées à l'article 12.

2. L'exécution de la condamnation est régie par la loi de l'État d'exécution et cet État est seul compétent pour prendre toutes les décisions appropriées.

ARTICLE 12 - Nature et durée de la sanction

1. L'État d'exécution est lié par la nature juridique et la durée de la sanction telles qu'elles résultent de la condamnation.

2. Toutefois, si la nature ou la durée de cette sanction est incompatible avec la législation de l'État d'exécution, ou si la législation de cet État l'exige, l'État d'exécution peut, par décision judiciaire ou administrative, adapter cette sanction à la peine ou mesure prévue par sa propre loi pour des infractions de même nature. Cette peine ou mesure correspond, autant que possible, quant à sa nature, à celle infligée par la condamnation à exécuter. Elle ne peut aggraver par sa nature ou par sa durée la sanction prononcée dans l'État de condamnation ni excéder le maximum prévu par la loi de l'État d'exécution.

ARTICLE 13 - Grâce, amnistie, commutation

Chaque Partie peut accorder la grâce, l'amnistie ou la commutation de la condamnation conformément à sa Constitution ou à ses autres dispositions légales.

ARTICLE 14 - Révision du jugement

L'État de condamnation seul a le droit de statuer sur tout recours introduit contre le jugement.

ARTICLE 15 - Cessation de l'exécution

L'État d'exécution doit mettre fin à l'exécution de la condamnation dès qu'il a été informé par l'État de condamnation de toute décision ou mesure qui a pour effet d'enlever à la condamnation son caractère exécutoire.

ARTICLE 16 - Informations concernant l'exécution

L'État d'exécution fournira des informations à l'État de condamnation concernant l'exécution de la condamnation :

- a. lorsqu'il considère terminée l'exécution de la condamnation ;
- b. si la personne condamnée s'évade avant que l'exécution de la condamnation ne soit terminée ;
- c. si l'État de condamnation lui demande un rapport spécial.

[...]

ARTICLE 20 - Règlement des litiges

Tout litige entre les Parties concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité sera réglé à l'amiable et par négociation par la voie diplomatique.

ARTICLE 21 – Amendements

Le présent Traité peut être modifié à tout moment d'un commun accord entre les Parties sous forme écrite. Un tel amendement entrera en vigueur selon la même procédure que celle applicable à l'entrée en vigueur du présent Traité.

ARTICLE 22 - Clauses finales

1. Le présent Traité est soumis à ratification et entre en vigueur pour une durée illimitée trente jours après l'échange des instruments de ratification par voie diplomatique.

2. Le présent Traité est également applicable à l'exécution des condamnations prononcées avant son entrée en vigueur.

3. Sans préjudice des procédures en cours, l'une ou l'autre des Parties peut dénoncer le présent Traité à tout moment en envoyant une notification écrite à l'autre Partie par la voie diplomatique. La dénonciation prendra effet un an après la date de réception de cette notification.

4. La dénonciation du présent Traité n'affectera pas les demandes de transfèrement qui ont été présentées avant sa dénonciation ».

In Bezug auf die Zulässigkeit der Klage auf einstweilige Aufhebung

B.4. Da die Klage auf einstweilige Aufhebung der Nichtigkeitsklage untergeordnet ist, muss deren Zulässigkeit bereits in die Prüfung der Klage auf einstweilige Aufhebung einbezogen werden.

In Bezug auf das Interesse der klagenden Parteien

B.5. Artikel 142 Absatz 3 der Verfassung und Artikel 2 Absatz 1 Nr. 2 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte; demzufolge ist die Popularklage nicht zulässig.

B.6. Aus einem formell rechtskräftigen Urteil, das am 4. Februar 2021 vom Korrekionalgericht Antwerpen erlassen wurde und auf das sich die klagenden Parteien berufen, geht hervor, dass diese eine Zivilklage gegen Assaddollah Assadi, eine Person iranischer Staatsangehörigkeit, die mit diesem Urteil endgültig zu einer Gefängnisstrafe von zwanzig Jahren sowie zur Wiedergutmachung des immateriellen Schadens verurteilt wurde, der den klagenden Parteien durch den von ihm begangenen versuchten Terroranschlag entstanden ist, eingereicht haben.

Die ersten zehn klagenden Parteien, die natürliche Personen sind, haben daher die Eigenschaft eines Opfers im Sinne vom Artikel 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. Mai 2006 « über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte » (nachstehend: Gesetz vom 17. Mai 2006).

B.7.1. Das Opfer im Sinne dieses Gesetzes muss davon in Kenntnis gesetzt werden, wenn dem betreffenden Verurteilten eine erste Ausgangserlaubnis, um seine gesellschaftliche Wiedereingliederung im Laufe der zwei Jahre vor dem Datum der Annehmbarkeit seiner bedingten Freilassung vorzubereiten, ein erster Hafturlaub oder eine Unterbringung in einem

Übergangshaus gewährt wird, und gegebenenfalls davon, welche Bedingungen im Interesse des Opfers auferlegt wurden (Artikel 10 § 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 17. Mai 2006, abgeändert durch Artikel 43 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 « zur Humanisierung, Beschleunigung und Straffung der Justiz II »).

Dieses Opfer muss auch davon in Kenntnis gesetzt werden, wenn eine Unterbrechung der Strafvollstreckung gewährt wird (Artikel 17 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 17. Mai 2006) und wenn der inhaftierte Verurteilte freigelassen wird, weil er seine gesamte Strafe verbüßt hat (Artikel 20/2 des Gesetzes vom 17. Mai 2006, eingefügt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 « zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Hinblick auf die Verbesserung des Opferstatus im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten »).

B.7.2. Außerdem darf eine Ausgangserlaubnis, ein Hafturlaub, eine Unterbringung in einem Übergangshaus oder die Unterbrechung der Strafvollstreckung vom Minister oder seinem Beauftragten nicht gewährt werden, ohne das Risiko zu berücksichtigen, dass der Verurteilte sein Opfer belästigen könnte (Artikel 5 Nr. 2, 7 Nr. 2 und 16 des Gesetzes vom 17. Mai 2006; Artikel 9/3 § 1 Nr. 3 desselben Gesetzes, eingefügt durch Artikel 71 des Gesetzes vom 11. Juli 2018 « zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Strafsachen »).

B.7.3. Bevor einer zu einer Freiheitsstrafe von zwanzig Jahren verurteilten Person eine Maßnahme der « Haftlockerung », der « elektronischen Überwachung » oder eine « bedingte Freilassung » gewährt wird, muss das Strafvollstreckungsgericht auch das « Risiko, dass der Verurteilte die Opfer belästigen könnte », das « Verhalten des Verurteilten gegenüber den Opfern der Straftaten, die zu seiner Verurteilung geführt haben » und « die vom Verurteilten geleisteten Anstrengungen, um die Zivilpartei zu entschädigen, unter Berücksichtigung der Vermögenslage des Verurteilten, so wie diese sich durch sein Zutun seit Begehung der Taten, für die er verurteilt worden ist, entwickelt hat » berücksichtigen (Artikel 47 § 1 Nrn. 3, 4 und 6 des Gesetzes vom 17. Mai 2006, abgeändert durch Artikel 159 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Februar 2016 « zur Abänderung des Strafrechts und des Strafprozessrechts und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz »).

Eine Entscheidung über die « vorläufige Freilassung im Hinblick auf das Entfernen aus dem Staatsgebiet oder die Übergabe » darf von diesem Gericht nicht getroffen werden, ohne das « Risiko, dass der Verurteilte die Opfer belästigen könnte » und die « vom Verurteilten

geleisteten Anstrengungen, um die Zivilpartei zu entschädigen », zu berücksichtigen (Artikel 47 § 2 Nrn. 3 und 4 des Gesetzes vom 17. Mai 2006).

Das Opfer hat das Recht vom Strafvollstreckungsgericht zu den « Sonderbedingungen », die « in seinem Interesse » mit den vorerwähnten Maßnahmen einhergehen müssen, angehört zu werden. Es kann seine Bemerkungen vorbringen, unter anderem zu den Bedingungen, die die Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls der zuständige Beamter der Strafvollzugsverwaltung zuvor im Interesse des Opfers formuliert haben (Artikel 53 Absätze 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 2006, abgeändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 « zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Hinblick auf die Verbesserung des Opferstatus im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten »).

B.8.1. Der Vertrag vom 11. März 2022 ermöglicht es der Regierung, die Überstellung einer Person iranischer Staatsangehörigkeit, die in Belgien inhaftiert ist, nachdem sie von einem belgischen Gericht verurteilt wurde (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2784/003, S. 10), unter den in diesem Vertrag sowie im Gesetz vom 23. Mai 1990 enthaltenen Bedingungen zu gewähren.

Wenn eine solche Überstellung erfolgt, unterliegt die Vollstreckung der Verurteilung dieser Person dem iranischen Gesetz und nur Iran ist zuständig, um alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen (Artikel 11 Absatz 2 des Vertrags vom 11. März 2022). Das Gesetz vom 17. Mai 2006, das die Strafvollstreckungsmodalitäten von Freiheitsstrafen bestimmt, wäre daher nicht mehr anwendbar, sodass die klagenden Parteien die vorerwähnten Rechte, die dieses Gesetz ihnen einräumt, nicht mehr geltend machen können oder in den Genuss der Regeln kommen, die dieses Gesetz in ihrem Interesse festlegt.

B.8.2. Keine der Parteien vor dem Gerichtshof gibt an, dass das iranische Gesetz den Opfern vergleichbare Rechte einräumt oder ähnliche Schutzregeln enthält.

B.9. Es ist also in diesem Stadium des Verfahrens festzustellen, dass die Zustimmung zum Vertrag vom 11. März 2022 durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 die Situation der zehn ersten klagenden Parteien unmittelbar und ungünstig beeinflussen könnte.

Ihr Interesse an der Beantragung der Nichtigkeitsklärung – und somit der einstweiligen Aufhebung – dieser Gesetzesbestimmung ist folglich erwiesen.

B.10. Das Interesse der elften klagenden Partei braucht nicht geprüft zu werden.

In Bezug auf das Interesse von Olivier Vandecasteele an der Intervention

B.11.1. Ein Interesse, dem Verfahren beizutreten, weist die Person nach, die nachweist, dass ihre Situation durch den Entscheid, den der Gerichtshof in Bezug auf die Klage auf einstweilige Aufhebung erlassen wird, unmittelbar beeinflusst werden kann.

B.11.2. Olivier Vandecasteele, in Iran seit Februar 2022 aus einem sowohl ihm als auch den belgischen Behörden unbekanntem Grund inhaftierter belgischer Staatsangehöriger, macht geltend, ohne dass ihm in diesem Punkt weder von den klagenden Parteien noch vom Ministerrat widersprochen wird, dass sich die einstweilige Aufhebung des angefochtenen Gesetzes unmittelbar und ungünstig auf seine aktuelle Situation auswirken könnte. Er hat demzufolge ein Interesse daran, dem Verfahren auf einstweilige Aufhebung beizutreten.

In Bezug auf das Vorliegen der Voraussetzungen für die einstweilige Aufhebung

B.12. Laut Artikel 20 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 sind zwei grundsätzliche Voraussetzungen zu erfüllen, damit auf einstweilige Aufhebung erkannt werden kann:

- Die vorgebrachten Klagegründe müssen ernsthaft sein.

- Die unmittelbare Anwendung der angefochtenen Maßnahme muss die Gefahr eines schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteils in sich bergen.

Was das Vorhandensein eines ernsthaften Klagegrunds betrifft

B.13. Ein Klagegrund ist nur ernsthaft im Sinne von Artikel 20 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989, wenn er nach einer ersten Prüfung der Daten, über die der Gerichtshof in diesem Stand des Verfahrens verfügt, begründet erscheint.

B.14. Wenn er den Inhalt eines Vertrags prüft, berücksichtigt der Gerichtshof den Umstand, dass es sich hierbei nicht um einen einseitigen Hoheitsakt handelt, sondern um eine Vertragsnorm, zu deren Einhaltung gegenüber mindestens einem anderen Staat Belgien sich völkerrechtlich verpflichtet hat.

B.15. Im vorliegenden Fall ist der erste Klagegrund insbesondere aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention abgeleitet.

Aus der Darlegung dieses Klagegrunds geht hervor, dass die klagenden Parteien anführen, dass Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022, insofern er die belgische Regierung ermächtigt, eine Person an Iran zu überstellen, die von den Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine terroristische Straftat begangen hat, mit der ein Anschlag auf das Leben anderer Personen verübt wurde, gegen das Recht auf Leben dieser Personen verstoße.

B.16.1. Artikel 2 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

«Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt. Niemand darf absichtlich getötet werden, außer durch Vollstreckung eines Todesurteils, das ein Gericht wegen eines Verbrechens verhängt hat, für das die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen ist ».

B.16.2. Das Recht eines jeden Menschen auf Leben ist einer der Grundwerte der demokratischen Staaten, aus denen sich der Europarat zusammensetzt. Dieses Recht verpflichtet jeden Staat, die für den Schutz des Lebens der Menschen, die seiner Gerichtsbarkeit unterstehen, notwendigen Maßnahmen zu ergreifen (EuGHMR, Große Kammer, 31. Januar 2019, *Fernandes de Oliveira gegen Portugal*, § 104; 26. Mai 2020, *Makuchyan und Minasyan gegen Aserbaidshan und Ungarn*, §§ 109-110). Diese Verpflichtung zum Schutz gilt insbesondere gegenüber Personen, die einer unmittelbaren Gefahr für ihr Leben ausgesetzt

waren, auch wenn sie nicht verletzt worden sind (EuGHMR, 2. Mai 2020, *Makuchyan und Minasyan gegen Aserbaidshan und Ungarn*, §§ 89-94) und beinhaltet auch, dass die zuständige Behörde eine wirksame Untersuchung im Fall einer etwaigen Verletzung des Rechts auf Leben durchführt (EuGHMR, Große Kammer, 26. Mai 2014, *Marguš gegen Kroatien*, §§ 125 und 127; 26. Mai 2020, *Makuchyan und Minasyan gegen Aserbaidshan und Ungarn*, § 154).

B.16.3. Das Erfordernis der Wirksamkeit der strafrechtlichen Untersuchung, das sich aus Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt, kann auch als eine Verpflichtung der Staaten ausgelegt werden, ihre endgültigen Urteile unverzüglich zu vollstrecken. Dies ist der Fall, weil die Vollstreckung einer Strafe, die in Zusammenhang mit dem Recht auf Leben verhängt wird, als ein integraler Bestandteil der verfahrensrechtlichen Pflichten des Staates nach diesem Artikel anzusehen ist (EuGHMR, 13. Oktober 2016, *Kitanovska Stanojkovic u.a. gegen frühere jugoslawische Republik Mazedonien*, § 32).

Wenn die Person, die zu dieser Strafe verurteilt wird, nicht Staatsangehörige dieses Staates ist und es dieser Staat in Ausführung eines internationalen Vertrags zwischen den beiden Staaten zulässt, dass diese Person in ihr Herkunftsland überstellt wird, um dort ihre Gefängnisstrafe zu verbüßen, muss der Urteilsstaat das Recht auf Leben der Personen schützen, die von der im Rahmen des Überstellungsverfahrens begangenen Straftat betroffen sind (EuGHMR, 26. Mai 2020, *Makuchyan und Minasyan gegen Aserbaidshan und Ungarn*, §§ 195-197).

Wenn ein Akteur eines Staates wegen eines Verbrechens verurteilt wird, das gegen das Recht auf Leben verstößt, kann die folgende Gewährung einer Amnestie oder Begnadigung kaum dem Ziel einer angemessenen Bestrafung dienen. Ganz im Gegenteil müssen Staaten umso strenger sein, wenn sie ihre eigenen Akteure wegen der Begehung schwerwiegender, lebensbedrohlicher Verbrechen bestrafen. In solchen Situationen steht nicht nur die Frage der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Täter auf dem Spiel, sondern auch die Verpflichtung des Staates, das Gefühl von Straflosigkeit zu bekämpfen, welches die Täter glauben mögen aufgrund ihres Amtes zu genießen (EuGHMR, 26. Mai 2020, *Makuchyan und Minasyan gegen Aserbaidshan und Ungarn*, § 157).

B.17. Nach Artikel 2 Buchstabe e der am 28. September 2001 angenommenen Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen müssen alle Staaten sicherstellen, « dass alle Personen, die an der Finanzierung, Planung, Vorbereitung oder Begehung terroristischer Handlungen oder an deren Unterstützung mitwirken, vor Gericht gestellt werden, dass diese terroristischen Handlungen zusätzlich zu allen sonstigen Gegenmaßnahmen als schwere Straftaten nach ihrem innerstaatlichen Recht umschrieben werden und dass die Strafe der Schwere dieser terroristischen Handlungen gebührend Rechnung trägt ».

Diese Verpflichtung ergibt sich unter anderem aus der Feststellung, dass « jede Handlung des internationalen Terrorismus [...] eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit [darstellt] » (Präambel der Resolution 1373 (2001)).

B.18.1. In Anwendung des Vertrags vom 11. März 2022 kann der Staat, in dem eine Person verurteilt wurde (« Urteilsstaat »), diese an den anderen Staat (« Vollstreckungsstaat ») überstellen, « um dort ihre Verurteilung zu verbüßen ». Die auf dem Gebiet des Urteilsstaates verurteilte Person kann « zur Verbüßung der Reststrafe, die gegen sie verhängt wurde » in das Gebiet des Vollstreckungsstaates überstellt werden (Artikel 1 Nummern 3 und 4 und Artikel 3 Absatz 2 des Vertrags vom 11. März 2022).

In diesem Vertrag ist präzisiert, dass die zuständigen Behörden des Vollstreckungsstaates « die Vollstreckung der Verurteilung fortführen müssen » (Artikel 11 Absatz 1), dass dieser Staat grundsätzlich « an die rechtliche Art und die Dauer der Sanktion, wie sie in der Verurteilung festgelegt worden sind, gebunden » ist (Artikel 12 Absatz 1) und dass eine eventuelle Anpassung dieser Sanktion « soweit wie möglich » der Strafe entsprechen muss, die durch die zu vollstreckende Entscheidung verhängt worden ist (Artikel 12 Absatz 2). Aus diesem Vertrag geht auch hervor, dass nur der Urteilsstaat das Urteil revidieren darf (Artikel 14).

B.18.2. In dem Vertrag vom 11. März 2022 wird jedoch das Recht des Vollstreckungsstaates bestätigt, der aus dem Urteilsstaat überstellten Person eine Begnadigung, eine Amnestie oder eine Umwandlung der Verurteilung nach seinen Gesetzen zu gewähren (Artikel 13).

B.18.3. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass es nicht ausgeschlossen werden kann, dass eine Begnadigungs- oder Amnestieentscheidung des Vollstreckungsstaates tatsächlich zur Nichtvollstreckung dieser Strafe führt.

B.19. Jede Überstellung einer in Belgien verurteilten Person an Iran erfordert die ausdrückliche Zustimmung dieser beiden Staaten (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe f, 6 Absatz 2 und 7 Absatz 2 des Vertrags vom 11. März 2022).

Diese Überstellung kann nur erfolgen, wenn diese Person eingewilligt hat (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d, 7 Absatz 2 Buchstabe c und 8 desselben Vertrags; Artikel 1 Absatz 1 Nr. 3 und Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Mai 1990).

B.20.1. Bei den Vorarbeiten zum Gesetz vom 30. Juli 2022 hat der zuständige Minister erklärt, dass Iran auf verwerfliche « Praktiken » wie Entführungen, « illegale Festnahmen » oder Terrorakte zurückgreife (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2784/003, S.12), dass Iran ein diktatorisches und « autoritäres Regime » sei, das « keinerlei ethische oder moralische Grundsätze » habe, das « den Terrorismus fördert » (ebenda, SS. 39-40, 50) und das kein verantwortlich handelndes Mitglied der internationalen Gemeinschaft sei (ebenda, S. 54).

B.20.2. Aus der Akte der klagenden Parteien geht hervor, dass das Korrekionalgericht Antwerpen mit einem Urteil vom 4. Februar 2021 Assaddollah Assadi, einen diplomatischen Beamten iranischer Staatsangehörigkeit, wegen der Begehung einer terroristischen Straftat, mit der ein Anschlag auf das Leben anderer verübt wurde, mit anderen Personen verurteilt hat. Aus dieser Gerichtsentscheidung geht hervor, dass diese Person am 1. Juli 2018 im Rahmen einer strafrechtlichen Ermittlung festgenommen wurde, die dieser Verurteilung zugrunde lag. Gemäß einem Entscheid des Appellationshofes Antwerpen vom 10. Mai 2022, der auch in der Akte der klagenden Parteien enthalten ist, hat dieser Verurteilte die Berufung zurückgenommen, die er ursprünglich gegen das Urteil vom 4. Februar 2021 eingelegt hatte.

Sowohl aus diesem Urteil als auch aus dem Entscheid vom 10. Mai 2022 geht hervor, dass diese Person die terroristische Straftat, für die sie verurteilt wurde, als Bediensteter der staatlichen iranischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste begangen hat.

Außerdem hat der Rat der Europäischen Union durch den Beschluss (GASP) 2022/152 vom 3. Februar 2022 « zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, für die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus gelten, und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2021/1192 » Assaddollah Assadi in die Liste der an Terrorakten beteiligten Personen aufgenommen.

Bei den Vorarbeiten zum Gesetz vom 30. Juli 2022 hat der zuständige Minister erklärt, dass Iran seit der Festnahme dieses diplomatischen Beamten Druck auf Belgien ausgeübt habe (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2784/003, S. 53).

B.20.3. Bei den Vorarbeiten zum Gesetz vom 30. Juli 2022 hat der zuständige Minister auch erklärt, dass es wenig wahrscheinlich sei, dass Personen iranischer Staatsangehörigkeit, die in Belgien wegen « gemeinrechtlicher Taten » verurteilt und inhaftiert worden seien, in eine Überstellung an ihren Herkunftsstaat einwilligen (ebenda, S. 40).

B.21. Angesichts des Vorstehenden weiß Belgien oder muss Belgien wissen, dass in dem Fall, dass Iran und Belgien sich in Ausführung des Vertrags vom 11. März 2022 auf die Überstellung einer Person iranischer Staatsangehörigkeit, die von den belgischen Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine terroristische Straftat, mit der ein Anschlag auf das Leben anderer verübt wurde, begangen hat, in das Hoheitsgebiet von Iran verständigen, Iran diese Strafe unter Anwendung von Artikel 13 dieses Vertrags nicht wirksam vollstrecken wird.

B.22. Insofern er die Überstellung einer Person, die von den Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine terroristische Straftat begangen hat, an Iran ermöglicht, scheint der Vertrag vom 11. März 2022, zu dem Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 die Zustimmung erteilt, nach einer ersten Prüfung das Recht auf Leben zu verletzen, wie es in Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannt ist.

B.23. Der erste Klagegrund ist ernsthaft.

Was die Gefahr eines schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteils, die die unmittelbare Anwendung des Gesetzes in sich bergen könnte, betrifft

B.24.1. Durch die einstweilige Aufhebung einer Gesetzesbestimmung durch den Gerichtshof soll es vermieden werden können, dass der klagenden Partei ein ernsthafter Nachteil aus der unmittelbaren Anwendung dieser Bestimmung entsteht, der im Fall ihrer Nichtigerklärung nicht oder nur schwer wiedergutzumachen wäre.

B.24.2. Aus Artikel 22 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 geht hervor, dass zur Erfüllung der zweiten in B.12 erwähnten Bedingung die Person, die Klage auf einstweilige Aufhebung erhebt, in ihrer Klageschrift konkrete und präzise Fakten darlegen muss, die hinlänglich beweisen, dass die unmittelbare Anwendung der Gesetzesbestimmung, deren Nichtigerklärung sie beantragt, ihr einen schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteil zu verursachen droht.

Diese Person muss insbesondere den Nachweis des Bestehens des Risikos eines Nachteils, seiner Schwere und des Zusammenhangs dieses Risikos mit der Anwendung der angefochtenen Gesetzesbestimmungen erbringen.

B.25.1. Wie in B.6 und B.7 erwähnt, verfügen die ersten zehn klagenden Parteien über verschiedene Rechte und Garantien im Zusammenhang mit der Vollstreckung der Strafe einer Person iranischer Staatsangehörigkeit.

Aus einer ersten Prüfung der Akte geht hervor, dass die letztgenannte Person die Bedingungen für eine Überstellung, die in Artikel 4 Absatz 1 des Vertrags vom 11. März 2022, zu dem Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 die Zustimmung erteilt, sowie in Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1990 aufgeführt sind, erfüllen könnte.

B.25.2. Wie in B.8 erwähnt, hätte die Überstellung dieser Person in Anwendung des Vertrags vom 11. März 2022 an Iran zur Folge, dass diese klagenden Parteien diese Rechte und Garantien verlieren würden.

Wie in B.21 und B.22 erwähnt, stellt die Möglichkeit, dass eine Person, die von den Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine

terroristische Straftat begangen hat, um einen Anschlag auf das Leben anderer zu verüben, an Iran überstellt wird, außerdem eine Verletzung des Rechts auf Leben dieser Personen dar. Die Art dieser Maßnahme hat zur Folge, dass diese Verletzung nicht wiedergutzumachen ist.

Dieser Verlust und diese Verletzung des Rechts auf Leben würden für diese Personen einen schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteil darstellen, der sich aus der Anwendung des genannten Vertrags ergibt, zu dem die angefochtene Gesetzesbestimmung die Zustimmung erteilt.

B.26.1. Nach Artikel 22 Absatz 1 des Vertrags vom 11. März 2022 tritt dieser dreißig Tage nach « Austausch der Ratifikationsurkunden auf diplomatischem Wege » in Kraft.

B.26.2. Wenn der Vertrag vom 11. März 2022 in Kraft getreten ist, kann eine etwaige Überstellung der in B.25.1 genannten Person erst stattfinden, wenn alle Etappen des durch die Artikel 3 bis 8 dieses Vertrags sowie durch die Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Mai 1990 beschriebenen Verfahrens durchlaufen wurden.

Der Ministerrat hat diesbezüglich dem Gerichtshof ein Ministerielles Rundschreiben « über die staatliche Überstellung von verurteilten Personen von Belgien ins Ausland », das 2001 vom Minister der Justiz unterzeichnet wurde und in dem das von den zuständigen belgischen Behörden zu verfolgende Verfahren im Einzelnen aufgeführt ist, vorgelegt.

Dieser Vertrag, dieses Gesetz und dieses Rundschreiben erlauben es dem Gerichtshof nicht, ausreichend präzise die Zeit, die notwendig wäre, um alle Etappen eines etwaigen Überstellungsverfahrens der in B.25.1 erwähnten Person zu durchlaufen, zu beurteilen.

B.26.3. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die in B.25.1 erwähnte Person in Anwendung des Vertrags vom 11. März 2022, zu dem Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 die Zustimmung erteilt, an Iran überstellt werden könnte, bevor der Gerichtshof in der Lage gewesen ist, sich zur Klage auf Nichtigkeitklärung dieses Gesetzes zu äußern.

Es ist somit erwiesen, dass aus der unmittelbaren Anwendung dieses Gesetzes den ersten zehn klagenden Parteien der in B.25.2 beschriebene Nachteil entstehen könnte.

B.27. Es ist auch festzustellen, dass weder der Vertrag vom 11. März 2022 noch das Gesetz vom 23. Mai 1990 noch irgendein anderes Gesetz es diesen klagenden Parteien garantiert, dass sie über das Vorhandensein und die Entwicklung eines etwaigen Überstellungsverfahrens der in B.25.1 erwähnten Person an Iran oder über das Vorhandensein einer in Anwendung dieses Gesetzes getroffenen positiven belgischen Entscheidung zu dieser Überstellung informiert werden.

Die in der vorliegenden Rechtssache klagenden Opfer wären folglich nicht in der Lage, eine wirksame Beschwerde gegen eine solche Entscheidung einzulegen, zumal der Staatsrat bereits mehrmals entschieden hat, dass er nicht zuständig ist, um über eine Beschwerde gegen eine in Anwendung des Gesetzes vom 23. Mai 1990 getroffene ministerielle Überstellungsentscheidung zu befinden (StR, 14. Juni 2010, Nr. 205.129; 12. Januar 2012, Nr. 217.205; 14. August 2014, Nr. 228.202; 25. Oktober 2016, Nr. 236.252).

B.28. Die Gefahr eines schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteils, der aus der unmittelbaren Anwendung des Vertrags vom 11. März 2022, zu dem Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 die Zustimmung erteilt, entstehen könnte, ist erwiesen.

In Bezug auf die Tragweite der einstweiligen Aufhebung

B.29. Die Bestimmungen eines internationalen Vertrags bilden ein untrennbares Ganzes.

Die Zustimmung zu einem internationalen Vertrag ist ein unteilbarer Akt, mit dem die gesetzgebende Gewalt ihre Zustimmung zu sämtlichen Bestimmungen dieses Vertrags erteilt.

Da der Gerichtshof aus den in B.15 bis B.22 angegebenen Gründen der Auffassung ist, dass der erste Klagegrund ernsthaft ist und dass der Nachweis der Gefahr eines schwer wiedergutzumachenden ernsthaften Nachteils erbracht ist, ist Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 zur Zustimmung zum Vertrag vom 11. März 2022 einstweilig aufzuheben, insofern dieser Vertrag die Überstellung einer Person, die von den Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine terroristische Straftat begangen hat, an Iran ermöglicht.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

hebt Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 «zur Zustimmung zu folgenden internationalen Rechtsakten: (1) Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Indien über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Brüssel am 16. September 2021, und (2) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Rechtshilfe in Strafsachen, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, und (3) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Auslieferung, abgeschlossen in Abu Dhabi am 9. Dezember 2021, und (4) Vertrag zwischen dem Königreich Belgien und der Islamischen Republik Iran über die Überstellung verurteilter Personen, abgeschlossen in Brüssel am 11. März 2022, und (5) Protokoll vom 22. November 2017 zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, unterzeichnet am 7. April 2022 in Straßburg », insofern der Vertrag vom 11. März 2022 zwischen dem Königreich Belgien und der Islamischen Republik Iran über die Überstellung verurteilter Personen die Überstellung einer Person, die von den Gerichtshöfen und Gerichten verurteilt wurde, weil sie mit Unterstützung von Iran eine terroristische Straftat begangen hat, an Iran ermöglicht, einstweilig auf.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 8. Dezember 2022.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschaut

P. Nihoul